V-23 Privatisierung von Beständen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben nicht mehr nach Höchstbieterverfahren

Antragsteller*in: Leonard Winter (KV Weimar-Stadt)
Tagesordnungspunkt: Verschiedenes (nicht gerankt)

Antragstext

B90 Die GRÜNEN setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass bei der Veräußerung von Beständen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben nicht mehr ausschließlich das Höchstbieterverfahren angewandt wird. Stattdessen wird ein Verfahren gewählt in welchem auch die angedachte Weiterverwendung Beachtung findet. Dabei werden soziale Aspekte, umwelt- oder klimaschützende Aspekte und Aspekte des Städtebaus beachtet.

Begründung

Das aktuelle Höchstbieterverfahren sorgt dafür, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BfI) mit dem Veräußern der Bestände immer auch einer Privatisierung alle Türen öffnet. Durch die Änderung wäre es möglich die Bestände aus der BfI zu lösen und trotzdem in Besitzverhältnisse zu überführen in welchen eine gemeinnützige, soziale oder umwelt- und klimaverträgliche Lösungen konkurenzfähig werden.

Das Höchstbieterverfahren führt von sich aus zu einer Kommerzialisierung der Vorhaben mit den betroffenen Beständen.

weitere Antragsteller*innen

Clara Käßner (KV Halle); David Döring (KV Gera); Jannika Krause (KV Jena); Arebs Stettin (KV Wetterau); Michael Jahn (KV Esslingen); Achim Jooß (KV Ortenau); Mario Scheel (KV Weimar-Stadt); Nils Jarne Haase (KV Leipzig); Enja Knipper (KV Weimar-Stadt); Andreas Spranger (KV Leipzig); Philipp Schmagold (KV Plön); Birgitta Tremel (Hannover RV); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Herbert Lange (KV Landshut-Land); Kurt Reuter (KV Stormarn); Eleonore Grabowski (KV Wesel); Anton Löffl (KV Miesbach); Lilly Aepfelbach (KV Berlin-Reinickendorf); Andreas Herzog (Hannover RV); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.